

28. Jahrgang, Ausgabe 2, September 2022

Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt (Hrsg.)

c/o CDU-Landesverband Sachsen-Anhalt

Fürstenwallstraße 17 Tel.: 0391 566680

39104 Magdeburg E-Mail: [LV@eak-sachsenanhalt.de](mailto:LV@eak-sachsenanhalt.de)

Homepage: <https://www.eak-sachsenanhalt.de>

## Christus spricht: „Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Mt, 5,9)

### Aus dieser Ausgabe

Selig sind, die Frieden stiften	1
Interview mit MP Dr. Haseloff zum Krieg in der Ukraine und zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk	4
Gewalt im Namen der Religion?	6
Religionsunterricht für alle?	7
Neue Synagogen in Sachsen-Anhalt	9
Chorarbeit in Sachsen-Anhalt	10
Kinderliteratur-tipp	12

Jesus Christus spricht in der Bergpredigt, zu der unser zitiertes Vers gehört, von der Gesinnung der Kinder Gottes, von Menschen, die sich entschieden haben, nach Gottes Willen leben zu wollen. Unter dem Eindruck von Weihnachten, Ostern und Pfingsten (Apg 2) werden unsere Augen auf das kommende Gottesreich gerichtet. Mit dem

Kommen des Messias am Ende der Zeiten wird ein bleibendes Friedensreich anbrechen. Davon haben die jüdischen Propheten schon viele Jahrhunderte vor Jesus geschrieben und geredet (Jes 2,2-4; Mi 4,1-5 u.a.). Das ist zu einer großen Vision auch der Christenheit geworden und für viele eine Sehnsucht nach dem Ende aller Kriege, nach dem Frieden schon heute, nach Abrüstung und bleibendem Heil. Das hebräische Wort für „Frieden“ ist „Schalom“ und das griechische Wort ist „Eirene“. Schalom und Eirene bedeuten aber mehr als nur die Abwesenheit von

Krieg, sie meinen auch Heil und Sicherheit.

Seit Jesu Predigen und Wirken sind Christen als Friedensstifter ein glaubwürdiges Zeugnis für ihre Sehnsucht nach dem kommenden Gottesreich des Friedens. Und es wird zu allen Zeiten ein entscheidendes Kennzeichen des christlichen Glaubens sein, das sich

einzelne Christen wie Gemeinden mit all ihrer Kraft für den Frieden einsetzen, dass sie in ihrem Umfeld Frieden stiften.

Freilich: Die Verwirklichung dieser Friedensvision hängt mit der Errichtung des Reiches Gottes zusammen. Und leider ist es auch wahr,

dass unsere Kirchen in der Geschichte Anlass für viel Gewalt und Krieg gewesen sind, was uns heute oft genüsslich vorgehalten wird. Aber dennoch bleibt es richtig: Diese Friedensvision gehört zum Zentrum des jüdisch-christlichen Glaubens und ist die Motivation, unbedingt für den



Bernhard Ritter ©Foto privat

Frieden zu wirken. Diese Sehnsucht bricht besonders deutlich auf in allen Zeiten naher Kriege oder Kriegsgefahren und vor allem im Angesicht der erschütternden Ergebnisse der Kriege für die betroffenen Familien in den Kriegsgebieten. Auch viele Christen sehen sich natürlich heute herausgefordert Stellung zu beziehen, bei diesem grauenvollen russischen Angriffskrieg auf die Ukraine, die sinnlose Vernichtung der Menschen und Städte, eine eigene Haltung zu bezeugen; und die reicht von der unbedingten Solidarität und Unterstützung der Angegriffenen bis zum völligen Pazifismus, der Ablehnung jeglicher Gewalt in diesem Krieg. Besonders pazifistische Gedankengänge gelten für viele, die mir in Gemeinden und in Seminaren begegnen, als eine konsequent christliche Haltung. Aber stimmt das wirklich?

Das Wort Pazifismus wurde im 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts in den damaligen Friedensgesellschaften entwickelt und öffentlich verbreitet. Der Begriff ist abgeleitet vom lateinischen „pax“ für „Frieden“ und dem Verb „facere“ für „tun, machen, herstellen“. Die Pazifisten stehen für eine ethische Grundhaltung, die bewaffnete Konflikte vermeiden und die Grundlagen für einen dauerhaften Frieden schaffen will. Unterdessen haben sich sehr verschiedene Varianten des Pazifismus entwickelt. Gegenwärtig scheint die Ablehnung von Krieg als der kleinste gemeinsame Nenner pazifistischer Positionen zu sein.

Ich selbst war zu DDR-Zeiten ein konsequenter Pazifist und habe das auch dem Wehrkreiskommando Sangerhausen persönlich und schriftlich (trotz der angedrohten Konsequenzen im damaligen Strafgesetzbuch §§ 256 und 283,2) mitgeteilt, und danach immer wieder bekannt (in meiner Gemeindegemeinschaft, im Konfirmandenunterricht und in Jugendfreizeiten, in Gemeindekirchenräten u.v.a.m.). Die Gründe damals waren für mich das völlige Abhandensein einer Bedrohung der DDR und der zynische Schießbefehl an der Grenze.

Mit der Wende und meiner Mitverantwortung in der Politik unseres Landes hat sich das grundlegend geändert. Mir wurde bewusst: Wer in Frieden und Freiheit leben will, muss dafür sorgen, dass diese Freiheit auch geschützt werden kann. Es gibt in unserer Welt immer wieder Feinde der Freiheit und imperiale Kräfte, wie z.B. Hitler, Stalin und nun auch Putin, die ihren Nachbarn drohen und sie überfallen und schuldlose Menschen töten, um ihre Machtgelüste zu verwirklichen.

Damit beschäftigen uns Christen nun sehr viele neue Fragen: Waffenlieferungen oder Pazifismus? Ist der Pazifismus christlich geboten? Woher kommen die Gedanken des Pazifismus? Gibt es „gerechte“ und „ungerechte“ Kriege? Wie sollen wir uns als Christen in

einer Welt voller Bedrohungen verhalten? Usw.

Für Jesus Christus war der Krieg offenbar ein Teil der irdischen Wirklichkeit mit ihren Ungerechtigkeiten und Krankheiten. Er hatte Verständnis für die nüchternen Überlegungen, ob man sich gegen anrückende Feinde wehren kann (Lk. 14,31f). Weiterhin ist es für ihn selbstverständlich, dass ein Hausherr wachsam ist und sein Heim vor Einbruch und Schädigung schützt (Mt. 24, 43). Und schließlich sagt er dem Hauptmann von Kapernaum nicht, dass er seine Waffen niederlegen soll.

Mit keinem Wort widerspricht er den Empfehlungen Johannes des Täufers (Lk 3,14) an die Soldaten, die sich im Jordan taufen ließen und ein neues Leben beginnen wollten. Johannes hatte ihre Frage „was sollen wir tun“ beantwortet mit den Hinweisen, dass sie nicht ungerecht sein sollen und sich an ihrem Sold genügen lassen, also nicht plündern und stehlen, was in vielen Armeen üblich war. Gedanken des Pazifismus gibt es weder im jüdischen Denken noch in der ersten Christenheit. Sie sind schlicht nicht biblisch.

Die Sehnsucht nach Frieden ist so alt wie die Menschheit selbst. Die ältesten Schriften dazu finden wir im chinesisch-indischen Kulturkreis. Ausgehend von den Schriften des Laotse und Konfuzius wurden vor allem die chinesischen Taoisten und in Indien der Hinduismus, Jainismus und Buddhismus mitgeprägt.

Im hellenistischen Kulturkreis entfaltet Aristoteles den Gedanken, dass Krieg nur durch das übergeordnete Ziel des Friedens zu rechtfertigen sei. Von Cicero ist der Gedanke überliefert, dass „der ungerechteste Friede immer noch besser ist als der gerechteste Krieg.“

Im Mittelalter wurden pazifistische Minderheiten oft als Ketzer verfolgt. Damals entstanden die ersten Friedenskirchen, die Quäker, Teile der Franziskaner, die Waldenser, auch die Hussiten und die Mennoniten, später auch Teile der Baptisten und der Brüdergemeinden usw. Im 19. Jh. kamen noch die Zeugen Jehovas hinzu. Darüber hinaus haben Werke von Leo Tolstoi (vor allem „Das Himmelreich in euch“) zu der Gruppe der „Tolstojaner“ geführt und viele Intellektuelle geprägt, die sich seinem „christlichen Anarchismus und Pazifismus“ auf der Grundlage der Bergpredigt anschließen wollten. U.a. waren auch der indische Rechtsanwalt Mahatma Ghandi und die israelischen Kibbuz-Bewegung davon inspiriert worden.

Heute sind viele pazifistische Gedanken in die Kirchliche Friedensethik des Ökumenischen Weltrates der Kirchen aufgenommen worden: So z.B. die Kriegsdienstverweigerung, die Forderung nach konkreten Abrüstungsschritten, die Forderung nach weltweitem Verzicht auf Massenvernichtungsmittel usw.

Nach den Napoleonischen Kriegen machten sich die Aufklärer und die Philosophen des Idealismus viele Gedanken zum Frieden. Insbesondere Immanuel Kant (1724-1804) regte diese Diskussion mit seiner Schrift „Zum ewigen Frieden“ wieder an. Im 19. Jh. bildeten sich in vielen Ländern aus diesen Diskussionen „Friedensvereine“ und es gab eine Reihe „Weltfriedenskongresse“. Diese Phase wurde später als der „Bürgerliche Pazifismus“ bezeichnet. In Deutschland war die bekannteste Vertreterin dieser Zeit Bertha von Suttner. Überstaatlich sollte nun ein Völkerbund mit Schiedsgerichten für eine friedliche Konfliktlösung sorgen.

Dieser Strömung folgte der sog. „Wissenschaftliche oder organisatorische Pazifismus“; diesem schließlich der „Radikale Pazifismus“, zu dem auch Kurt Tucholsky zählte (mit seiner umstrittenen These: „Soldaten sind Mörder“); dem folgte ein „Revolutionärer Pazifismus“ und diesem wiederum, im Angesicht der Gefahren eines Atomkrieges, der Atom- oder Nuklearpazifismus, zu dem sich auch Max Born, Otto Hahn, Frederic Joliot-Curie, Bertrand Russell, Albert Einstein und Albert Schweitzer zählten. Für die Nationalsozialisten war der Pazifismus neben dem Kommunismus und Liberalismus ein Hauptfeind. Mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler 1933 begannen die Repressalien und Verfolgungen der führenden pazifistischen Köpfe wie z.B. des Friedensnobelpreisträgers Carl von Ossietzky (1889-1938).

Es hat aber immer auch ernsthafte Kritik am Pazifismus gegeben. So sahen manche in ihm letztlich eine Unterstützung der Feinde des Friedens und eine wenig christliche Haltung. Ein Pazifist sei wie ein Arzt, der eine Krankheit sieht, sich aber weigert, etwas dagegen zu tun. Wer kann einfach zuschauen, wenn sein Nachbar von einem Mörder bedroht oder gar umgebracht wird, weil er sich nicht wehren konnte? Sind sein Tod und dann der mögliche Tod seiner Familie Gottes Wille?

Man kann und darf eine solche pazifistische Haltung durchaus für sein eigenes Leben haben, das ist eine Gewissensfrage. Aber für Schutzbefohlene gilt das nicht. Man muss sie schützen, wenn man es kann, sonst geht jegliches Vertrauen verloren.

Hitler, der in Deutschland die Pazifisten verfolgen ließ, bezeichnete sich im Ausland nach nationalsozialistischer Ideologie (Konstantin Hierl, 1928) heuchlerisch als Pazifist. Das war natürlich eine heimtückische Lüge. Damit wollte er die Verteidigungsanstrengungen der Nachbarstaaten mit Friedensphrasen einschläfern und gleichzeitig in demselben Dunst die eigene Aufrüstung vernebeln.

Dieselbe Lüge finden wir in Putins Russland wieder. Zur Zeit der Wende war die Ukraine die drittgrößte

Atommacht der Welt. Im Zusammenhang mit dem Zerfall der Militärblocke hat sich die Ukraine darauf eingelassen, alle ihre Atomwaffen abzugeben und hat von Russland entsprechende Sicherheitsgarantien für ihr Land erhalten. Währenddessen hat Russland sein Angriffsarsenal aufgerüstet (z.B. hat es heute mehr als doppelt so viele Panzer wie die USA). Und als die Ukraine keine Atomwaffen mehr hatte, hat Putin seine Okkupationstruppen in Richtung Ukraine in Gang gesetzt. Das ist Verrat an internationalen Verträgen und ein Grund für schlimmstes Misstrauen gegenüber Russlands Worten.

Nach dem Philosophen Jan Narveson ist es ein Grundrecht jedes Menschen, sich selbst und seine Angehörigen zu verteidigen, notfalls auch mit Gewalt. Falls dies nicht möglich sei, werde dem Menschen in bestimmten Situationen das Recht auf Leben abgesprochen.

Seit dem 2. Weltkrieg trat George Orwell (1903-1950) als prominenter Gegner des Pazifismus auf. Er kritisierte die heuchlerische Propaganda der Faschisten in den westlichen Demokratien und meinte damals: „Objektiv betrachtet ist der Pazifist pronazistisch“. Auch nach dem Krieg behielt er seine Haltung und schrieb zum Beispiel in einem Essay über Gandhi, dass gewaltfreier Widerstand oder Pazifismus einen Gegner voraussetze, der es moralisch nicht verantworten kann, wehrlose Menschen zu töten.

Damit müssen wir uns noch dem Problem zuwenden, dass Krieg nicht gleich Krieg ist. Klassisch unterschieden wird z.B. zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg. Ist nun der Verteidigungskrieg im Unterschied zum Angriffskrieg ein „gerechter Krieg“? Nachdem am 28.2.380 der römische Kaiser Theodosius das Christentum zur Staatsreligion erklärt hatte, musste auch der Kirchenvater Augustinus von Hippo (354-430) über „gerechte Kriege“ nachdenken. Er hat Kriterien eines „gerechten Krieges“ beschrieben, die bis heute zum Allgemeingut der großen christlichen Kirchen gehören und z.T. völkerrechtlich festgeschrieben worden sind. „Gerecht“ kann ein Krieg nach seiner Sicht nur sein, wenn a) zuvor ernsthafte Versuche unternommen worden sind, den Konflikt friedlich zu lösen, b) das Übel, das beseitigt werden soll, größer ist, als das Übel des Krieges selbst, c) der Krieg eine realistische Aussicht auf Erfolg hat, d) Zivilisten nicht vorsätzlich zum Ziel militärischer Angriffe werden und e) wenn Soldaten, die kampfunfähig geworden sind, medizinisch versorgt werden.

Der Krieg in der Ukraine heute ist für die Ukraine ein unbestritten klassischer Verteidigungskrieg. Eine imperiale Macht will die Ukraine als Staat zerstören, sich Land und Leute unterwerfen und einverleiben.

Dieses überfallene Land hat ein Recht, sich zu verteidigen, sein Land und seine Leute. Und es ist durchaus eine christliche Haltung, wenn man hilft, dass sich ein solch überfallenes Land verteidigen kann. Frieden wollen und Frieden machen können die beiden Kriegsparteien aber nur selbst, und zwar nach den Regeln, die sie selbst aushandeln und festlegen werden.

Wenn wir alle Fakten zusammenlesen ist das Christentum nicht zwangsläufig pazifistisch. Es bleibt eine Gewissensfrage wie sich Christen positionieren werden. Frieden ist und bleibt immer ein Kernthema des christlichen Glaubens. In jedem Gottesdienst wird für Frieden gebetet, der Frieden auf Erden ist uns Christen aufgetragen. Die Frage, wie der Frieden erreicht werden kann, bleibt bis heute ein Thema heißer Diskussionen und verschiedenster Aktionen. Seit der Antike wird die lateinische Devise „Si vis pacem, para bellum“ („Wenn du Frieden willst, bereite dich zum Krieg“) weitergegeben.

Die historischen Fakten machen für mich mehr als deutlich, wie wichtig eine starke Verteidigung ist, auch in unserer Zeit, um den Frieden wirklich zu sichern. Die NATO ist ein starkes Verteidigungsbündnis, das keine Angriffskriege führen darf und bis heute als Bündnis keinen Krieg begonnen hat.

Ich bin dankbar, dass ich mit meiner großen Familie in einem Land wohnen darf, das unter dem Schirm dieses mächtigen Militärbündnisses lebt. Möge niemals der Kriegszustand nötig sein – und mögen die besonnenen Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft, besonders für die Ukraine, einen baldigen sicheren und gerechten Frieden finden.

Bernhard Ritter  
Pfarrer i.R.  
Mitglied im EAK-Landesvorstand

## „Da machen wir uns doch schon wieder abhängig von autoritär regierten Ländern“

Interview des „WELT“ Reporters Claus Christian Malzahn  
mit Ministerpräsident Dr. Reiner Haseloff,  
vom 21. August 2022<sup>1</sup>

Sachsen-Anhalts Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) warnt wegen der Gaskrise vor Betriebsschließungen – und fordert den Bund auf zu handeln. Demonstranten empfiehlt er Proteste vor der russischen Botschaft. Bei den Luxus-Skandalen des RBB kommt Bitterkeit bei ihm hoch.

<sup>1</sup>Abdruck mit freundlicher Genehmigung von Claus Christian Malzahn

WELT: Herr Haseloff, Sachsen-Anhalt ist mit seiner Chemieindustrie und dem Maschinenbau ein energieintensives Land. Mit welchen Gefühlen blicken Sie auf die kommenden Monate?

Reiner Haseloff: Ich habe jetzt seit drei Jahrzehnten am Aufbau des Landes mitgewirkt und kann mich an keine Lage erinnern, die auch nur annähernd so ernst gewesen ist. Man muss deutlich sagen: In dieser Krise stehen die Erfolge, die wir beim Aufbau Ost mühsam erarbeitet haben, auf dem Spiel.



MP Dr. Reiner Haseloff ©Foto Staatskanzlei

WELT: Gibt es Unternehmen, die wegen der steigenden Energiepreise schon die Produktion heruntergefahren oder gar eingestellt haben?

Haseloff: Ja, mehrere sogar. Manche fahren die Produktion auch bei 20 Prozent, um die Anlagen betriebsbereit zu halten. Bei anderen ruht die Produktion vollständig. Das Problem bei uns ist ja nicht in erster Linie, dass wir Gas zur Energieversorgung brauchen. Dafür haben wir Kohlekraftwerke und Wind- und Solaranlagen. Wir benötigen Erdgas zur stofflichen Verwertung. Das betrifft besonders die chemische Grundstoffindustrie und hat Folgen für Düngemittelproduzenten, Kunststoffhersteller und viele andere.

Es gibt eine hochkomplexe, industrielle Verwertung von Erdgas in Sachsen-Anhalt, die derzeit darniederliegt, weil die Produktionskosten sich vervielfacht haben und die Unternehmen nicht mehr rentabel arbeiten können, sondern hohe Verluste einfahren. Durch die hohen Uniper-Umlagen steigen die Produktionskosten zusätzlich extrem. Wir haben den größten Düngemittelproduzenten der Republik in Piesteritz, auch der hat seine Anlagen bereits abgestellt.

WELT: Mit welchen Folgen?

Haseloff: Mit der Folge, dass jetzt Düngemittel aus dem Iran, Oman und Russland auf den Markt kom-

men. Düngemittel sind wegen ihrer Bedeutung für die Welternährung von Sanktionen nicht betroffen. Putin legt also unsere Düngemittelindustrie lahm und verdient gleichzeitig durch die erhöhten Preise. Absurder geht es nicht.

WELT: Ihr Problem liegt also weniger im Gasmangel, sondern in hohen Gaspreisen?

Haseloff: So ist es. Wenn das Preisniveau sich nicht ändert, werden hier Betriebe schließen und dahin abwandern, wo günstiger produziert werden kann. Deshalb müssen vom Bund schnell Prioritätenlisten kommen, welche Unternehmen und Industrien wir hier aus strategischen Gründen stützen und halten wollen. Es wäre doch sinnvoll, Düngemittel und AdBlue, ein Stoff, der in jedem modernen Dieselfahrzeug unabdingbar ist, im eigenen Land zu produzieren und nicht aus dem Ausland zu importieren. Da machen wir uns doch schon wieder abhängig von autoritär regierten Ländern, in denen Menschenrechte nicht viel gelten.

WELT: Fällt denn die Bundesregierung Ihrer Ansicht nach die richtigen politischen Entscheidungen?

Haseloff: Wir stecken in einem Dilemma. Aus den von der EU beschlossenen Sanktionsmaßnahmen können und sollten wir nicht ausscheren. Diese wirken aber richtig erst mittel- oder langfristig und haben wenig Einfluss auf den aktuellen Kriegsverlauf. Der Krieg tobt weiter, eine Verhandlungslösung ist nicht erkennbar.

WELT: Es stehen Forderungen im Raum, Nord Stream 2 zu öffnen. Würde das die Lage entschärfen?

Haseloff: Putin nutzt die Drosselung der Gaszufuhr, um die EU und vor allem die Bundesrepublik politisch zu destabilisieren. Das würde sich durch eine Öffnung von Nord Stream 2 nicht ändern. Ich halte das für eine Scheindebatte.

WELT: Ihr sächsischer Amtskollege Michael Kretschmer (CDU) sagt, dass die Republik eine jahrelange Mangellage nicht durchsteht, weder gesellschaftlich noch politisch. Er dringt auf einen Verhandlungsfrieden. Wie sehen Sie das?

Haseloff: Da bin ich skeptisch. Ich halte nichts davon, falsche Hoffnungen zu wecken. Putin macht doch keine Anstalten, kompromissfähig zu sein. Nur er kann diesen völkerrechtswidrigen Krieg beenden. Dazu ist er nicht bereit. Und die Ukraine will die Aggressoren aus dem Land jagen. Man muss damit rechnen, dass dieser Krieg noch länger dauern wird.

Wo ich meinem Amtskollegen Kretschmer zustimme: Die Konsequenzen für unsere Gesellschaft, für unsere gesamte Volkswirtschaft, sind enorm. Ein langer Krieg stellt uns nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa vor riesige Herausforderungen. Das führt letztlich zu einem gesellschaftlichen Dauerstress, den

Populisten und Extremisten versuchen, für sich zu nutzen.

WELT: Das Gespenst von einem „Wut-Winter“ wird ja schon an die Wand gemalt. Mit welchen Protesten rechnen Sie?

Haseloff: Da schließt sich gerade ein Hufeisen von ganz rechts und ganz links. Die Linke läuft Gefahr, gemeinsame Sache mit den Rechten zu machen, denn beide wollen auf sogenannten Montagsdemos die Bundesregierung attackieren. Mich erinnert das an die schlimmsten Momente der Weimarer Republik, wo KPD und NSDAP gemeinsame Sache gemacht haben.

WELT: Der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow hat seine Partei, die Linke, aufgefordert, Abstandsgebote nach rechts einzuhalten. Glauben Sie ihm nicht?

Haseloff: Ihm persönlich nehme ich das ab. Aber in seiner Partei steht er doch ziemlich alleine. Ich stelle das Recht auf Demonstrationsfreiheit nicht infrage, dafür bin ich ja selber in der Wendezeit bei den Montagsdemos auf die Straße gegangen. Im Übrigen, Demonstrationen vor der russischen Botschaft könnte ich verstehen. Da sitzen die Repräsentanten jener, die diesen Krieg und diese Krise zu verantworten haben. Eine Kampagne von linken und rechten Extremisten, Schulter an Schulter, hätte ich nicht für möglich gehalten.

Es ist doch in der politischen Mitte unbestritten, ob nun in der Ampel oder der oppositionellen Unionsfraktion, dass wir mit Entlastungspaketen soziale Härten kompensieren müssen. Es geht jetzt um die Frage, ob wir eine Schönwetterdemokratie sind oder ob große Teile der Bevölkerung auch in schweren Zeiten zusammenhalten. Und ob die Politik die Bevölkerung zusammenhalten kann.

WELT: Vor zwei Jahren sind viele Politiker und Kommentatoren über Sie hergefallen, weil sie die Beitragserhöhung für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR) zumindest zeitweilig verhindert haben. Fühlen Sie sich nach den Enthüllungen über den Luxus in der Chefetage des RBB in Ihrer Kritik nachträglich bestätigt?

Haseloff: Ich sehe das mit einer gewissen Bitternis. Mir wurde damals viel um die Ohren gehauen. Ich wolle den ÖRR abschaffen oder Einfluss aufs Programm nehmen, die Meinungs- und Pressefreiheit beschneiden. Das war alles Unsinn. Mir ging es um Reformen, die die Akzeptanz des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in der breiten Bevölkerung sichern. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk lebt auch schon lange über seine Verhältnisse und hat Reformvorschläge und Hinweise der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) immer wieder in den Wind geschlagen.



Die Affäre Schlesinger ist ein Schaden, der nur schwer wiedergutmacht werden kann. Die Akzeptanz ist schwer beschädigt. Für diejenigen, die den ÖRR wirklich abschaffen wollen, ist das alles eine Steilvorlage.

WELT: Ist der ÖRR in der Lage, sich selbst zu reformieren? Haseloff: Die Selbstkontrolle beim RBB hat ja offensichtlich nicht funktioniert. Ich kann nur hoffen, dass die Verantwortlichen in den Sendeanstalten den Ernst der Lage langsam erkennen. Da hat sich ein Handlungsdruck aufgebaut, dem endlich Rechnung getragen werden sollte.

WELT: In Frankreich und Großbritannien wurden und werden die Gebühren abgeschafft. Wünschen Sie sich das auch für Deutschland? Haseloff: In den beiden Ländern wird der Rundfunk nun aber durch Steuern finanziert. Das ist bei uns rechtlich nicht möglich. Die Öffentlich-Rechtlichen sind durch das Grundgesetz und die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes besonders geschützt. Das ist aber kein Freibrief für Selbstbedienung, Luxus und opulente Gehälter in den Chefetagen. Ich halte es für unerlässlich, dass sich die Besoldung der Intendanten und Programmdirektoren auf das Normalmaß des öffentlichen Sektors einpegelt. Sachsen-Anhalt hatte schon vor Längerem vorgeschlagen, dass diese sich an der Besoldung des Präsidenten und der Richter am Bundesverfassungsgericht orientiert.

WELT: Das wäre bei den Gehältern eine deutliche Absenkung. Haseloff: Ja. Aber es ist ja nicht einzusehen, dass der Intendant einer Landesanstalt mehr Geld aufs Konto bekommt als der Bundeskanzler. Da hat sich ein System von der gesellschaftlichen Wirklichkeit vollkommen abgekoppelt und sämtliche Warnungen ignoriert.

## **Gewalt im Namen der Religion? Die Bedrohung durch den Islamismus darf nicht unterschätzt werden – auch nicht in Sachsen-Anhalt**

Nach der Jahrtausendwende wurden viele Menschen von den islamistischen Terroranschlägen von New York, London und Madrid und von der Wucht, mit der religiöser Fanatismus nun auch die westlichen Gesellschaften erschütterte, überrascht. Dabei hatten Sozial- und Islamwissenschaftler bereits seit dem sogenannten „Islamischen Erwachen“ in den späten 1970er Jahren auf die zunehmende Aggressivität des Islamismus hingewiesen, der sich nicht zuletzt in einer wachsenden Stärke jihadistischer Organisationen manifestierte, die eine gewaltsame Etablierung eines islamischen Staates anstreben. Einige dieser Organisationen konnten seit den 1990er Jahren auch zunehmend Rekrutierungserfolge in westlichen Staaten erzielen, indem sie gezielt

solche jungen Muslime aus wirtschaftlich schwachen Einwandererfamilien ansprachen, die sich aufgrund ihrer ethnisch-religiösen Identität benachteiligt fühlen.



Min. Dr. Tamara Zieschang ©Laurence Chaperon

Seit 2014 haben die Rekrutierungserfolge der Terrororganisation „Islamischer Staat“ (IS) in Europa gezeigt, wie sehr Jihadisten sich der sozialen Medien bedienen. Diese ermöglichen es ihnen, mit ihrer Hasspropaganda auch solche jungen Menschen anzusprechen, die zuvor überhaupt nicht mit dem Islam in Berührung gekommen waren, sich auf ihrer Sinnsuche aber von den rigiden Deutungsangeboten der Islamisten ebenso angezogen fühlen wie von dem Reiz des Verbotenen und der Aussicht auf Abenteuer, mit der der IS junge Europäer zur Ausreise nach Syrien und in den Irak motiviert. Allein in Deutschland sind dieser Aufforderung über 1.000 Personen gefolgt. Der Fall der aus Sachsen-Anhalt stammenden IS-Rückkehrerin Leonora M. zeigt, wie sich selbst junge Frauen, die in bürgerlichen Verhältnissen in einem ländlichen Umfeld aufgewachsen sind und kurz zuvor noch einen „westlichen Lebensstil“ pflegten, vorwiegend über das Internet in einem solchen Maße radikalisieren können, dass sie bereit sind, sich einer Terrororganisation anzuschließen. Dieser Fall zeigt aber auch, dass religiöse Motive gerade bei der ursprünglichen Hinwendung zu islamistischen Gruppierungen oft nicht ausschlaggebend sind.

Aus diesem Grund ist der im öffentlichen Diskurs häufig verwendete Begriff des „religiösen Extremismus“ problematisch, suggeriert dieser doch einen von der Religion ausgehenden, d.h. durch Religionsausübung verursachten und über religiöse Vorschriften bzw. Dogmen handlungsgenerierten Extremismus. Aus der Radikalisierungsforschung wissen wir aber, dass die Faktoren, die eine Hinwendung junger Menschen zum Islamismus begünstigen, sich nicht wesentlich unterscheiden von den Faktoren, die eine Affinität zu anderen, nicht religiösen Formen des politischen Extremismus wahrscheinlicher machen: Hierzu zählen u.a. Probleme bei der Identitätsentwicklung,

stark ausgeprägte Vorurteilmuster, eine Neigung zu dissozialem Verhalten und die Unfähigkeit, Unrechts-erfahrungen angemessen zu verarbeiten. In den meisten Fällen hatten Menschen, die sich dem Jihadismus zuwenden, vor ihrer Radikalisierung keinen oder wenig Bezug zur islamischen Religion. Die Anhänger des IS verfügen in der Regel auch kaum über religiöse Kenntnisse: Wenn sie ihren menschenverachtenden Krieg gegen die „Ungläubigen“ mit religiösen Versatzstücken rechtfertigen, pflegen sie hierbei einen extrem selektiven und instrumentellen Umgang mit dem Koran und den Texten islamischer Schriftgelehrter. Das soll wiederum nicht heißen, dass die Taten der Jihadisten nichts mit dem Islam zu tun hätten: Insbesondere die Auslegung religiöser Vorschriften durch salafistische Prediger, die eine strikte Hinwendung zur Lebensweise früherer islamischer Gemeinschaften propagieren, stellt einen Brandbeschleuniger dar, der Radikalisierungsverläufe zu befeuern vermag; eine Affinität junger Jihadisten zu solchen salafistischen Narrativen liegt jedoch für gewöhnlich nicht in einer gründlichen Auseinandersetzung mit dem Islam begründet, sondern in den eben genannten sozialen und psychologischen Ursachen.

Die Verfassungsschutzbehörden verzichten daher auf den Begriff des religiösen oder religiös begründeten politischen Extremismus und operieren stattdessen – in Abgrenzung zum Islam als Religion – mit dem Begriff des Islamismus. Dieser umfasst bekanntlich eine Vielzahl unterschiedlicher Strömungen, die unsere freiheitliche demokratische Grundordnung ablehnen und von denen der jihadistische Islamismus zweifellos die größte Bedrohung für die innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland darstellt.

Die Stärke des Jihadismus sollte auch nach der militärischen Niederlage des IS in Syrien und im Irak nicht unterschätzt werden. Der IS ist nach wie vor in vielen Teilen Asiens und Afrikas militant aktiv und kämpft momentan z.B. gegen die Taliban-Regierung in Afghanistan. Auch in Deutschland besteht eine unverändert abstrakte Gefahr für islamistische Anschläge. Die neuen Bundesländer sind von dieser Bedrohung keineswegs ausgenommen, auch wenn sie nur einen vergleichsweise geringen Anteil des islamistischen Personenpotenzials in Deutschland beheimaten. In Sachsen-Anhalt gehören derzeit etwa 400 Personen der islamistischen Szene an. Es ist jedoch zu bedenken, dass die überwiegende Anzahl der Islamisten legalistischen Richtungen entstammt, die Gewalt als Operationsmethode grundsätzlich ablehnen; Jihadisten bilden nur einen sehr kleinen Teil des islamistischen Personenpotenzials.

Allerdings sind selbst diese sogenannten legalisti-

schen Strömungen des islamistischen Spektrums wie die Muslimbruderschaft keineswegs als harmlos zu betrachten: Indem sie über politische und gesellschaftliche Einflussnahme eine nach ihrer Interpretation islamkonforme Ordnung durchzusetzen versuchen, stellen sie zwar keine unmittelbare Gefahr für die innere Sicherheit dar, aber eine umso größere Gefahr für den Bestand der demokratischen Ordnung unseres Landes. Auch Legalisten, die sich, um Einfluss zu gewinnen, häufig ehrenamtlich (z.B. in Moscheegemeinden) engagieren, lehnen demokratische Staatssysteme ab. Unter Verschleierung ihrer wahren Absichten erwecken sie in der Öffentlichkeit den Anschein, eine vergleichsweise „moderate“ Islamauslegung zu vertreten. Wenngleich der islamistische Legalismus grundsätzlich Gewalt als Operationsmethode ablehnt, gleichen etwa im Falle des Nahostkonflikts seine Vorstellungen vom Kampf gegen Israel jener der jihadistischen Gruppierungen, was mitunter zu unmittelbarer Unterstützung von Terrororganisationen wie z.B. HAMAS in Palästina führt.

Nach dem 11. September 2001 wurde die Islamismusprävention in Deutschland kontinuierlich ausgebaut, auch in Sachsen-Anhalt, wo sie vom Landespräventionsnetzwerk Islamismus koordiniert wird. In dieses Netzwerk ist auch das Ministerium für Inneres und Sport eingebunden, das im Rahmen seiner Präventionsarbeit Bedienstete in Verwaltung, Justiz und Bildungseinrichtungen, aber auch Multiplikatoren aus Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft für die Erscheinungsformen des Islamismus sensibilisiert und sie befähigt, typische Anzeichen eines Radikalisierungsprozesses zu erkennen. Die grundlegende Prämisse dieser Präventionsarbeit ist die Überzeugung, dass wachsame und gut informierte Bürgerinnen und Bürger das Fundament einer wehrhaften Demokratie bilden.

Dr. Tamara Zieschang

Ministerin für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

## **Religionsunterricht für alle – ein Hamburger Modell für ganz Deutschland?**

Angesicht des Wandels hinsichtlich Mitgliedschaft in Kirchen und Religionsgemeinschaften in Deutschland in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten stellen sich eine Vielzahl von Fragen hinsichtlich der Präsenz von Religion innerhalb der öffentlichen und öffentlich-rechtlichen Sphäre in Deutschland. Ein besonderer Bereich, in welchem Religionsgemeinschaften und der Staat in Deutschland aufeinandertreffen und zusammenarbeiten, ist der staatliche Religionsunterricht.

Der im Grundgesetz und in den meisten Landesverfassungen abgesicherte „klassische“ Religionsunterricht ist im Regelfall ordentliches staatliches Lehrfach, dass in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird. Merkmal dieser verfassungsrechtlichen Absicherung ist die Konfessionalität des Religionsunterrichts. Angesichts der Tatsache, dass schon lange nicht mehr eine flächendeckende Mitgliedschaft in den Kirchen – gerade auch bei Schülerinnen und Schülern – besteht, wird nach neuen Wegen gesucht, die einerseits diesen Veränderungen gerecht werden, andererseits den Religionsunterricht als solchen nicht in Frage stellen und ihn auch nicht durch ein gemeinsames Fach „Religionskunde“ ersetzen.



Stephen Gerhard Stehli ©Foto Rayk Weber

Die Freie und Hansestadt Hamburg hat hier seit einigen Jahren ein eigenes Modell entwickelt. Zunächst wurde, von einzelnen staatlichen Modellschulen ausgehend, in der Verantwortung der evangelischen Kirche (jetzt: Nordkirche) ein Angebot entwickelt, den seinerzeitigen evangelischen Religionsunterricht für Schülerinnen und Schüler aller Religionszugehörigkeiten zu öffnen (einschließlich derer ohne Religionszugehörigkeit). Dieser wurde nun in Zusammenarbeit mit der Hamburger Schulbehörde von der evangelischen Kirche, der alevitischen Gemeinde, der jüdischen Gemeinde und einzelner islamischer Religionsgemeinschaften konzeptionell weiterentwickelt – einschließlich der Anpassung der Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte. Nach der Erweiterung der Trägerschaft ist nun im Jahr 2022 auch die römisch-katholische Kirche, die bisher am eigenen Religionsunterricht festhielt, ebenfalls in den Kreis der Trägergemeinschaften getre-

ten, womit nun der größte Teil der Hamburger Kirchen, aber auch der weiteren monotheistischen Religionen, den für alle offenen „Religionsunterricht für alle“ (Ru-fa) trägt, gestaltet und weiterentwickelt.

Dabei ist einerseits wichtig, dass die Lehrkräfte selbst jeweils den Kirchen und Religionsgemeinschaften angehören, also auch mit persönlicher Glaubensbindung lehren. Andererseits sind in Hamburg alle Religionslehrkräfte durchgehend staatliche Lehrkräfte, wovon das Grundgesetz und die Landesverfassungen grundsätzlich zwar ausgehen, was aber häufig – gerade z.B. bei uns in Mitteldeutschland – bis dato nicht erreicht werden konnte.

Der Religionsunterricht für alle wird vom Hamburger Senat wie von Teilen der Opposition inhaltlich getragen und befürwortet. Angesichts der Religionsdemographie in Hamburg mit der auch dort seit langem bestehenden Minderheitensituation der christlichen Kirchen wird der Religionsunterricht für alle auch von der Hamburger CDU begrüßt. Die Bürgerschaftsfraktion der CDU nennt den Religionsunterricht für alle ein Hamburger Erfolgsmodell „Er ermöglicht den Dialog zwischen Schülerinnen und Schülern mit unterschiedlichen religiösen Überzeugungen, klärt auf und fördert das Verständnis füreinander. Dieses Verständnis für andere Konfessionen ist eine wichtige Voraussetzung für eine gelingende Integration und einen toleranten Umgang miteinander in einer multireligiösen Gesellschaft.“, so die bildungspolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Birgit Stöver. Und die Landesvorsitzende des EAK der CDU in Hamburg, Sybille Möller-Fiedler, hält das Trägerschaftsmodell für zukunftsweisend, und wünscht sich, „dass diese Form des Religionsunterrichts auch in anderen Bundesländern erwogen wird“.

Es wird nun zu beobachten sein, wie sich der Religionsunterricht für alle nunmehr auch unter Beteiligung der römisch-katholischen Kirche weiterentwickelt und sich im Schulalltag gestaltet. Ob der Weg der richtige und zukunftsweisende ist, darf und muss mit Blick auf die verfassungsrechtlichen Grundlagen des Religionsunterrichts reflektiert und hinterfragt werden. Insbesondere die Frage der Konfessionalität, die im Grundgesetz verankert ist, muss intensiv betrachtet werden. Kann diese allein durch Vereinbarung zwischen den Kirchen und Religionsgemeinschaften aufgehoben oder verändert werden? Wird der Religionsunterricht für alle (noch) durch das Grundgesetz gedeckt? Das gilt übrigens auch für andere Formen der konfessionell-kooperativen Zusammenarbeit im Religionsunterricht. Die Struktur des Religionsunterrichtsangebots in Sachsen-Anhalt, der in kirchlicher Verantwortung neben dem Ethikunterricht für alle geöffnet



wurde, zeigt, dass auch bei vergleichsweise geringer Anzahl christlicher Schülerinnen und Schüler konfessioneller Unterricht gestaltet werden kann. Andererseits kann der Religionsunterricht für alle gegebenenfalls auch zu einer Befriedung der Diskussion um den islamischen Religionsunterricht (in welcher Form auch immer) beitragen und ein erfolgreiches Miteinander ermöglichen, in welchem die staatliche Verantwortung nicht außen vor bleibt. Das Hamburger Modell wird somit weiterhin Gegenstand einer breiten gesellschaftlichen, theologischen und verfassungsrechtlichen Diskussion sein, und das ist auch in Ordnung so. Im Sinne der Schülerinnen und Schüler an den öffentlichen Schulen in Hamburg ist ihm aber im praktischen Alltag durchaus sowohl Akzeptanz als auch, da eingerichtet, nun auch umfassender Erfolg zu wünschen. In jedem Fall wird das Hamburger Modell bei allen zukünftigen Veränderungen des Religionsunterrichts in Deutschland in den Blick zu nehmen sein.<sup>1</sup>

Stephen Gerhard Stehli MdL  
Landesvorsitzender des EAK der CDU Sachsen-Anhalt.

## Eine gute Nachricht: Neue Synagogen in Sachsen-Anhalt nehmen Gestalt an.



Baufeld der Magdeburger Synagoge ©Foto T. Rohne

Wer durch die Julius-Bremer-Straße in der Magdeburger Innenstadt geht, sieht seit einiger Zeit eine neue Baustelle neben dem Hotel Ratswaage. Dort wo seit einigen Jahren auf einem freien Rasenfeld auf einem großen Banner zu lesen stand: „Otto braucht eine Synagoge“, gilt nun: „Otto baut eine Synagoge“. Nachdem die jüdischen Gemeinden in Magdeburg im Zuge der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft, insbesondere im Pogrom 1938, ihre Gotteshäuser durch Zerstörung verloren und die allermeisten jüdischen Bürger Magdeburgs in der Shoa den Tod fanden, reichten zwischen 1945 und 1990 für die wenigen Gemeindeglieder kleinere Räume. Erst nach den politischen

Veränderungen in Deutschland und Europa 1989/90 konnten die jüdische Gemeinschaft auch in Magdeburg durch Einwanderung und Zuzug wieder deutlich wachsen und gedeihen. Für die Synagogen-Gemeinde in der Otto-Stadt Magdeburg kam schnell der Gedanke auf, möglichst nahe zum alten Standort der vormals prächtigen Magdeburger Synagoge einen angemessenen Neubau zu errichten. Aber es dauerte in Gesprächen und Verhandlungen zwischen der Synagogen-Gemeinde, dem Land Sachsen-Anhalt, der Landeshauptstadt Magdeburg und dem 1999 gegründeten Förderverein Neue Synagoge Magdeburg e.V. dann doch über zwanzig Jahre, bis alle Vereinbarungen über Standort, Trägerschaft und Finanzierung geklärt waren. Dabei war allen engagierten Beteiligten ohne jeden Zweifel klar, dass eine Stadt wie Magdeburg, überdies eine Landeshauptstadt, eine Synagoge braucht. Eine neue Synagoge in einer bedeutenden Stadt im heutigen Deutschland ist indes nicht nur ein mahnendes und erinnerndes Zeichen gegen die mörderische Ideologie des Nationalsozialismus, sondern vor allem ein deutlicher Beweis für lebendiges, mitwirkendes und gewünschtes jüdisches Leben in der Stadt heute. Jüdisches Leben und jüdischen Menschen gehörten und gehören seit vielen Jahrhunderten zu Deutschland, das sie immer auch kulturell und gesellschaftlich prägten. Mit einer neuen, für alle Menschen offenen und vielfach genutzten Synagoge wird vor allem auch klar gemacht, dass allen Formen des Antisemitismus und des Antijudaismus gemeinschaftlich entgegengetreten wird. Wenn die jüdische Gemeinschaft, wenn eine Synagogen-Gemeinde ihr Gotteshaus in der Innenstadt wiedergewinnt, dann ist das auch ein Gewinn, ein positives und nachhaltiges Signal für die Landeshauptstadt und für das Land.

So konnte in Anwesenheit u.a. unseres Ministerpräsidenten Dr. Reiner Haseloff, vieler Regierungs- und Landtagsmitglieder, des Oberbürgermeisters und des Stadtrates sowie vieler engagierter Bürgerinnen und Bürger im Frühjahr zusammen mit den Repräsentanten der Synagogen-Gemeinde Magdeburg und des Landesverbandes Jüdischer Gemeinden Sachsen-Anhalt der erste Spatenstich für den Neubau getätigt werden. Wenige Wochen danach verstarb der langjährige Vorsitzende der Synagogen-Gemeinde Magdeburg und wichtigster Protagonist des Synagogenprojekts, Wadim Laiter, mit nur 58 Jahren. Er hatte immer hinsichtlich des Neubaus – und gerade auch nach dem terroristischen Anschlag auf die Synagoge in Halle – immer deutlich gesagt: „Wer baut, der will bleiben“, ein Satz, der nicht hoch genug geschätzt werden kann. Und so machten alle Beteiligten in Gemeinde, Stadt und Land unisono klar, dass mit der baldigen Vollendung des Magdeburger Synagogenprojekts

<sup>1</sup>Zitate aus der Pressemitteilung der CDU-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft vom 28.04.2022

das Vermächtnis dieses so engagierten und für Magdeburg wirkenden Mann am besten geehrt wird. Es ist daher sehr erfreulich, dass die feierliche Grundsteinlegung für den Synagogenneubau nunmehr am 14. September 2022 erfolgen wird. Das Projekt geht weiter!

Aber auch in Anhalt geht ein Synagogenprojekt seiner Vollendung entgegen. Mit einer ähnlichen Vorgeschichte wie in Magdeburg konnte die Jüdische Gemeinde zu Dessau vor wenigen Jahren am historischen Ort einen Neubau beginnen, der nun bald abgeschlossen werden kann. Nach dem Richtfest in diesem Jahr soll die neue Synagoge in Dessau-Roßlau im kommenden Jahr eingeweiht werden. Auch hier stehen neben der Gemeinde, Stadt und Land viele engagierte Menschen, die in einer gemeinsamen Anstrengung für die Wiedergewinnung eines jüdischen Gotteshauses als Zentrum zukunftsgerichteten jüdischen Lebens sorgen. Auch hier dürfen, wie in Magdeburg, Freude und Hoffnung den Fortgang der Arbeiten prägen. Selbstverständlich sind bei Synagogenbauten heutzutage auch besondere Sicherheitsbestimmungen zu beachten. Immer noch virulenter Antisemitismus und Antijudaismus machen das leider notwendig. Aber: Jüdische Menschen, Bürgerinnen und Bürger, haben das Leben in Sachsen-Anhalt immer schon mitgestaltet. Sie tun es noch heute. Sie sind ein wichtiger Teil unseres Landes. Wie kann das für alle Menschen im Land besser und positiver unterstrichen werden, wie kann deutlicher und sichtbarer gegen Antisemitismus vorgegangen werden als mit dem Bau von Synagogen für lebendige Gemeinden! Das sind gute Nachrichten für Magdeburg wie für Dessau-Roßlau.

Stephen Gerhard Stehli MdL  
EAK-Landesvorsitzender  
Beauftragter der CDU-Landtagsfraktion für jüdisches Leben in Sachsen-Anhalt

## 2022 – Jahr der Chöre!

Die Folgen der Pandemie in unserem Zusammenleben sind tagtäglich spürbar und gerade bei den Menschen auch deutlich sichtbar. Und eigentlich stecken wir ja noch mittendrin: in der Pandemie.

Über fast 2 Jahre konnten Chöre nicht, oder nur eingeschränkt singen, ist unser Netz an Schulchören in manchen Regionen völlig zusammengebrochen. Hier wollen wir, hier müssen wir gegensteuern!

Dies hat der Deutsche Chorverband e.V. sich mit seinen Landesverbänden auf die Fahne geschrieben und das 2022 als „Jahr der Chöre“ ausgerufen, einfach um auch auf die prekäre Situation aufmerksam zu machen.

Vom 19.5.2022 bis zum 22.5.2022 fand das 11. Internationale Chorfestival „Sine musica nulla vita“ unter großem Publikumszuspruch in Egelstätt statt.

Eine Woche später bereits wurde das verschobene Deutsche Chorfest in Leipzig gefeiert, viele Chöre aus Deutschland gestalteten über Tage ein umfangreiches Programm in der ganzen Messestadt.

Vom 17.6.2022 bis zum 19.6.2022 fand dann unser Chorfest des Landes Sachsen-Anhalt in Weißenfels statt. Das Programm bot acht Konzerte mit insgesamt 18 Chören.



Andreas Schumann MdL ©Foto: privat

In Sachsen Anhalt begann 2022 ein umfangreiches Festivaljahr.

Die guten und begeisternden Konzerte unserer Amateurchöre verdienen unsere allerhöchste Hochachtung, denn sie fanden größtenteils, trotz der großen Hitze im Freien statt.

Die Spannweite der Chöre reichte von den Kinderchören „Harzer Krams“ und dem „Magdeburger Knabenchor“ bis zum Seniorenchor der Volkssolidarität aus Halle.

Daneben gab es noch drei besonders herausragende Konzerte. Zunächst eröffnete der Hallenser Kammerchor „vocHALes“ mit einem exzellenten Konzert am Freitagnachmittag im Weißenfelser Ratssaal das Chorfest in Anwesenheit von Staatsminister Rainer Robra, dem Landrat Götz Ulrich sowie dem gastgebenden Oberbürgermeister Robby Risch.

Staatsminister Rainer Robra unterstrich in seinem Grußwort die Bedeutung des Singens und insbesondere des Chorgesangs für unser Land und lobte die Anstrengungen aller im Chorwesen ehrenamtlich Tätigen. Um deren Arbeit noch besser zu unterstützen, kündigte er eine spürbare Verbesserung der Förderung für den Chorverband an, die schon in den kommenden Monaten wirksam wird.

Den nächsten Höhepunkt bildete mit dem Ensem-

ble „KeinChor“ der Auftritt einer Newcomer Boygroup aus Mitteldeutschland.

Das dritte herausragende Konzert bot der Rundfunk-Jugendchor Wernigerode am Sonnabend in der Marienkirche. Der von Robert Göstl seit September des vorigen Jahres souverän geleitete Chor zeigt sich zum Schuljahresende auf dem Höhepunkt seiner unbestrittenen Leistungsfähigkeit. Das Konzert war natürlich in der Schütz-Stadt Weißenfels eine Hommage an den vor 350 Jahren verstorbenen Sohn der Stadt. Einmalig, die Transparenz der klaren jugendlichen Stimmen in den vielstimmigen Motetten des großen Meisters. Den stimmungsvollen Abschluss des Landeschorfestes bildete das „Gute Nacht-Singen“ auf dem Marktplatz von Weißenfels. Bei wieder erträglichen Temperaturen sangen das Vokalensemble Weißenfels und der Vokalchor Langendorf bekannte Abendlieder bei Laternen- und Kerzenschein.

Das „Jahr der Chöre“ soll auch bei dem Chorfest in Magdeburg zelebriert werden.

Nach zwei Jahren Pandemie wollen wir mit den Projekten unseres Verbandes den dringend erforderlichen Aufbruch für unser Musikland spürbar machen.

Die „Initiative 3.Oktober - Deutschland singt“ ist eine Idee von Politikern, Glaubensgemeinschaften und Künstlern. Der ehemalige Ratsvorsitzende der evangelischen Kirchen in Deutschland, Heinrich Bedford-Strohm und der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sind die Schirmherren. Hier sollen auch Menschen angesprochen werden, die (noch) nicht in einem Chor singen aber während des Projektes, Lust zum Mitsingen im Chor bekommen.

## Neuaufstellung Chorverband Sachsen-Anhalt e.V.

Der Chorverband Sachsen-Anhalt e.V. wird in der Zukunft notwendige Veränderungen in Organisation und Planung vornehmen.

Dies ist eine für die zukünftige Existenz und eine durchorganisierte Arbeit unumgänglich, sind doch bei über 300 Chören im Lande und fast 8000 Mitgliedern eine professionelle Geschäftsführung und eine strukturell organisierte Jugendarbeit die Grundlage, um langfristig den Folgen der Corona-Krise und dem demographischen Wandel in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Außerdem wird der Chorverband zeitnah seinen Sitz von Bernburg nach Magdeburg verlegen. Dies hat einfach mit den Möglichkeiten der Vernetzung mit Kultureinrichtungen, Universitäten und der Politik zu tun.

Außerdem werden wir eine zentrale Sichtbarkeit digital und analog verbessern, bzw. überhaupt erst einmal herstellen. Ein erster Schritt ist vor kurzer Zeit mit der Neuerstellung der Webseite bereits gelungen.

Homepage:

<https://www.chorverband-sachsen-anhalt.de/>

Es ist weiterhin durch die 1,5 Mitarbeiter geplant, in einem Chorzentrum Weiterbildungen für Grundschullehrer/-innen, Chorleiter und Vorstände der Chorvereine zu organisieren und Kooperationen mit den Kultureinrichtungen in ganz Sachsen-Anhalt durchzuführen. Dazu wurden bereits erste Gespräche mit dem Bildungsministerium durchgeführt.

Andreas Schumann MdL  
stellv. Vorsitzender des EAK Sachsen-Anhalt

### Aus „Luthers Brevier“



Martin Luther ©Foto: wikimedia

Wir wissen aber, dass denen, die Gott lieben, alle Dinge zum Besten dienen, denen, die nach seinem Ratschluss berufen sind.<sup>1</sup>

Das ist Gottes Werk und Kunst, dass er böse Sachen gut machen kann, wenn wir es verdorben und verwahrlost haben. Ich habe wahrlich öfter viele Dinge unweise und töricht angerichtet, worüber ich danach heftig erschrocken bin. Und ich konnte nicht sehen, wie ich aus solchen Sachen, die durch meine Torheit verworren und verderbt waren, wieder möchte frei werden und davon kommen. Aber der Herr hat eine solche Weise und Wege getroffen, dass besser wurde, was ich versehen und verdorben hatte. Und so regiert Gott alle seine Heiligen, dass sie wohl irren und fehlen mögen. Aber gleichwohl muss es mit Ihnen ein gutes Ende nehmen oder aber ohne großen Schaden abgehen. Gott pflegt aus nichts alles zu machen; darum kann er auch aus dem, was böse ist, Gutes hervorbringen.<sup>2 3</sup>

<sup>1</sup>Römer 8,28

<sup>2</sup>Schriften, 44. Bd., S 42

<sup>3</sup>LUTHER BREVIER, Worte für jeden Tag, Wartburg Verlag 2007 S. 178



## Kinderliteraturtipp



Alan Gratz  
Aus dem Englischen von Meritxell Janina Piel  
Vor uns das Meer  
Drei Jugendliche – drei Jahrzehnte – eine Hoffnung  
dtv Hanser, 2022  
ISBN: 978-3-423-62753-5  
Preis: 9,95 €, 300 Seiten  
Altersempfehlung: ab 12 Jahre

Eindringlichkeit, der man sich beim Lesen nicht entziehen kann. So berührt das Buch tief. Es erzeugt eine Betroffenheit, die weit über das konkrete Schicksal hinausreicht und andeutet, dass wir alle Betroffene sind – und sein können. Das schafft Gratz, indem er die konkrete Anklage mit der Hoffnung verbindet, die auch da noch dominant bleibt, wo das Leben der Protagonisten endet; aber neues beginnen kann. Ungeschönt erzählend überlässt der Autor seine Lesenden nicht der Verzweiflung, sondern er zeigt, dass so lange Hoffnung berechtigt ist, wie Menschen sich berühren lassen und Verantwortung übernehmen. Ein ungemein eindringliches und politisches Buch... Sehr zu empfehlen!

Prof. Dr. Michael Ritter

### Impressum

**Herausgeber:** Evangelischer Arbeitskreis der CDU Sachsen-Anhalt

**Verantwortlicher Redakteur:** Jürgen Scharf

**Texte:** MP Dr. Reiner Haseloff, Bernhard Ritter, Prof. Dr. Michael Ritter, Andreas Schumann MdL, Stephen Gerhard Stehli MdL, Min. Dr. Tamara Zieschang

**Bilder:** Gemeinfrei bzw. Genehmigungen liegen vor

**Stand:** September 2022:

Diese Publikation wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Sachsen-Anhalt herausgegeben. Der Herausgeber verfolgt keine kommerziellen Interessen.